



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

172 (21.4.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190956](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190956)

Mannheimer Generalanzeiger

Verlagspreis: Im Abonnement monatlich 1,50 für den Empfänger u. Einschließung Porto. Einzelhefte 10 Pf. — Druck: Mannheimer Druckerei, Mannheim, Hauptstraße 11.

Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: Bei jährlichem Abonnement 1,50 inkl. Porto, außer 1,00 für den Empfänger u. Einschließung Porto. Einzelhefte 10 Pf. — Druck: Mannheimer Druckerei, Mannheim, Hauptstraße 11.

Die Konferenz in San Remo.

Auch die heutigen Nachrichten bestätigen, daß in San Remo die Politik der Franzosen keinen leichten Stand hat. England und Italien gehen nicht so weit wie Frankreich und suchen dieses zu zügeln in seinem Verlangen, Deutschland gänzlich wehrlos zu machen. Die Franzosen wiederum suchen neue Feindschaft gegen Deutschland zu säen. So spannt der Temps eine feine Intrigue. Von seinem Wiener Vertreter ließ er sich die sensationelle Meldung drahten, ein neuer Dreiecksbund solle zwischen Italien, Deutschland Österreich und Deutschland geschlossen werden, und zwar auf Anregung von Ritti selbst. Das war ein Hieb gegen Deutschland und gegen den italienischen Freund zugleich. Aber der letztere hat ihn sofort abgewehrt. Der italienische Botschafter in Paris bezeichnet die Meldung als vollkommen unbegründet. Nach dem „Corriere della Sera“ hat es in San Remo selbst ein sehr fürwärtiges Vorspiel zur Konferenz in einer Vorbesprechung gegeben. Sie fand im Hotel „Europa“ unter dem Vorh. von Ritti statt. Nach 2 1/2 Stunden Dauer wurde sie plötzlich abgebrochen. Die Journalisten, die im Hotel warteten, konnten tatsächlich kurz vor 8 Uhr Lloyd George und Millerand fast gleichzeitig das Hotel verlassen sehen und ihre Automobile bestiegen, ohne daß Gräße ausgetauscht wurden trotz der zahlreichen Menge, die vor dem Hotel anwesend war. Die Gegenstände sind also offenkundig. Wir denken, Italien und England werden sich genug sein, sich durchzusetzen gegen die Politik Millerands, die eine europäische Gefahr zu werden droht.

Drei verschiedene Ansichten.

Amsterdam, 20. April. (WB.) Nach der Times haben die ersten Besprechungen der Ministerpräsidenten in San Remo am Sonntag, die sich auf den Versailler Vertrag bezogen, drei verschiedene Auffassungen ergeben. Die Franzosen wollen den Vertrag voll und ganz anwenden, die Italiener sind für weitgehende Änderungen und Lloyd George will die Ausführung jeweils der gegebenen Lage anpassen.

Paris, 20. April. (WB.) Der Sonderberichterstatter des Temps in San Remo bemängelt die Gerüchte und Indiskretionen aus dem Obersten Kante. So hätten englische Korrespondenten telegraphiert, über die deutsche Frage bestehe eine offenkundige Meinungsverschiedenheit zwischen Lloyd George und Millerand. Andere hätten sie sogar unlösbar genannt. Auch gegen die deutschen Korrespondenten wendet sich der Berichterstatter und erklärt, man müsse fragen, wie die deutsche Presse dazu komme, ein englisch-italienisches Zusammenarbeiten anzukündigen. Frankreich und Ministerpräsident Millerand, der in seinem Namen spreche, hätten über diese Frage keine Geheimpolitik; sie könnten von ihrer Politik offen sprechen.

Paris, 20. April. (WB.) Der Sonderberichterstatter des Antragskants meldet aus San Remo, die drei Ministerpräsidenten hätten sich dahin entschieden, den Friedensvertrag nur insoweit abzuändern, daß sie die sofort von Deutschland zu zahlende Summe festsetzen. Die Arbeit sei schwierig. Die Frage werde am Mittwoch vor den Obersten Rat gebracht werden. Zahlreiche Sachverständige seien telegraphisch nach San Remo berufen worden. Diese Nachricht wird von keiner anderen französischen Zeitung gebracht. An anderer Stelle meldet der gleiche Berichterstatter, ein Einverständnis über die Entwaffnung Deutschlands sei nicht erzielt worden. Ritti lehne sich mit London verbündet zu haben und Belgien fürchtete, sich die Engländer ganz auf den Hals zu ziehen. Das könne eine Schlappe der von Millerand gegenüber Deutschland eingeleiteten energischen Politik beschließen lassen.

Berlin, 21. April. (Von unserem Berliner Büro.) Aus San Remo wird berichtet: Die Bevölkerung nimmt Partei gegen die Franzosen. Überall sehen sie böse Blicke. Bei der Ankunft Hochs zog niemand den Hut. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den übrigen Verbündeten wegen Frankfurt dauern fort. Ritti und Lloyd George sind sich einig darüber, daß man von Deutschland die Ausführung des Vertrages verlangen müsse, daß aber militärische Drohungen und Druck nicht angewendet werden dürften.

Die französische Kammer fordert die Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 20. April. (WB.) Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag Maurice Renauds an: Die Kammer beschließt im Interesse eines allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen allen Nationen die absolute Entwaffnung Deutschlands und fordert die Regierung auf, in aller Form zu verlangen, daß die durch den Vertrag von Versailles festgesetzten Entwaffnungsbedingungen strikte und wirksam durchgeführt werden. Die Kommission beauftragt ihren Präsidenten Louis Barthou, der Regierung diesen Beschluß zu übermitteln.

Die türkische Frage in San Remo.

San Remo, 21. April. (Eig. Draht.) Der Oberste Rat behandelte und genehmigte in der gestrigen Vormittags-Sitzung die finanziellen Bestimmungen des Vertrages mit der Türkei. Er befahte sich des Weiteren mit der armenischen Gebietsfrage, sowohl hinsichtlich der Grenzen des neuen Staates als auch in Bezug auf das Mandat über Armenien in Verbindung mit der Frage des Völkerbundes. Schließlich behandelte der Rat auch noch die Frage von Batum und den Bericht des Völkerbundes über die Frage der Minderheiten in der Türkei. Die alliierten Generalkonferenzen befahten sich mit der technischen Seite der militärischen Fragen in der Türkei.

Für die Revision der Friedensverträge.

Innsbruck, 20. April. In der heutigen Sitzung des Tiroler Landtages sprach sich der Bürgermeister Greil für weitere Schritte zur Wiedervereinigung Südtirols

und Ladiniens mit Nordtirol und den Anschluß an das Deutsche Reich aus. Eine ständige Kommission aus den drei Parteien solle alle Schritte tun, um die Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain zu erreichen, wodurch dem Land Tirol das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt würde.

Die Warnung an Deutschland.

San Remo, 20. April. (WB.) Der französische Botschafter in Berlin hat gestern dem Gesandten v. Haniet folgende Note überreicht:

Angesichts der Gerüchte, die über einen neuen militärischen Staatsstreich, die seit kurzem im Umlauf sind, haben die Regierungen von Frankreich, Belgien, Großbritannien und Italien, die jeden Versuch, die Demokratie zu stürzen, ablehnen, ihre Geschäftsträger beauftragt, dem Minister des Auswärtigen zu erklären, daß sie auf keinen Fall dulden würden, daß die deutsche Regierung an der Ausführung des Friedensvertrages verhindert wird, daß jede Rückkehr einer revolutionären Bewegung oder eines Aufstandes nur den Erfolg haben werde, die von den alliierten Regierungen ins Auge gefassten Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Versorgung Deutschlands unmöglich zu machen.

Die deutsche Besetzung für den Wiederaufbau.

Berlin, 21. April. (Von unserem Berliner Büro.) Zu der Frage der deutschen Besetzung für den Wiederaufbau wird der Deutschen Allgemeinen Zeitung halbamtlich geschrieben: Es trifft zu, daß Frankreich in den besetzten Gebieten teils halbamtliche Büros eingerichtet hat, welche die Leistungen und Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten französischen Gebiete an deutsche Firmen vermitteln sollen. Die Tätigkeit dieser Büros, deren bedeutendste sich in Köln und Weßbaden befinden, bedeutet aber keine Schädigung Deutschlands. Es handelt sich um eine Wiederverbindung von Handelsbeziehungen, die den Reichsinteressen nur nützlich sein können, da Frankreich alle Lieferungen bar bezahlt. Um eine gleichmäßige Verteilung der Lieferungen zu ermöglichen, wird der Reichsverband der deutschen Industrie im Einvernehmen mit der Regierung ein Beihilfsbüro, wahrscheinlich in Frankfurt a. M. errichten.

Die bolschewistische Gefahr.

Paris, 20. April. (WB.) Nach einer Meldung des Echo de Paris veranstaltete die syndikalistische Jugend in Brüssel gestern unter Abführung der Sozialistischen Kundgebungen, in deren Verlauf sie Militär- und Zivilpersonen belästigten. Es sei zu Schlägereien gekommen. Etwa zehn Personen seien schwer verletzt worden.

Mailand, 20. April. (WB.) Der Landesauschuss der italienischen Sozialisten hielt am Montag eine Sitzung in Mailand ab. Der Deputierte Darotti erklärte Inbezug auf den Turiner Generalkrieg, daß er als Beginn einer Bewegung betrachtet werden könne, die ganz Italien bedrohe. Dem gegenüber betonte Turati, es sei Pflicht eines jeden Sozialisten, unter allen Umständen einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Er sprach sich ferner gegen die Uebernahme der Regierung durch die Sozialisten aus, da das Experiment nicht glücklich enden werde. Dagegen glaubte der Redner, daß die Partei ein großes parlamentarisches Programm entwickeln könne, aus dem folgende drei Punkte hervorgehoben seien: Besteuerung der großen Vermögen, vollständige Freiheit des Verkehrs und Sozialisierung von Grund und Boden.

Tokio, 20. April. (Reuters.) Dießmal des Balkans haben die Japaner einen Angriff der Bolschewisten in dreitägigem Kampfe zurückgeschlagen. Westlich Ledite schlugen die Japaner am 8. April gemeinsam mit Semenov einen bolschewistischen Angriff aus der Gegend Irkutsk zurück.

Die Reichsfinanzen.

Der Reichsfinanzminister kündigt neue Steuern an.

Berlin, 20. April. (WB.) Im Hauptansatz der Nationalversammlung wies Reichsfinanzminister Wirth darauf hin, daß der Etat für 1920 ein reiner Übergangsetat sei, dessen schrittweise Veranschlagungen von der Gehaltung unserer zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abhängig seien. Der neue Etat weist im ordentlichen und außerordentlichen Etat eine Gesamtausgabe von rund 40 Milliarden Mark auf, wozu noch der Fehlbetrag aus der Reichspost und Eisenbahn von 1,2 Milliarden Mark hinzukommt. Im Ordinarium stehen von laufenden Einnahmen 25 Milliarden und fortdauernde und einmalige Ausgaben von 27,5 Milliarden gegenüber, wozu ein Defizit von 2,5 Milliarden verbleibt. Aus direkten Steuern und Verbrauchssteuern fließt ein Betrag von 13,5 Milliarden für 1920 zu erwarten. Davon bringen die einmaligen Kriegssteuern noch etwa 3 Milliarden. Weltweit sind Rölle, Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen mit 21 Milliarden veranschlagt. Von dieser Summe nehmen die Rölle 2,5, die Rollensteuer 4,5 Milliarden in Anspruch. Von den weiteren Einnahmen sind nach der Tabaksteuer und Ausfuhrabgaben mit je einer Milliarde hervorzuhoben. Die Ausgaben des Reiches sind in fortdauernde Ausgaben in Höhe von 23,5 Milliarden und eine einmalige ordentliche Ausgabe von 4,1 Milliarden geteilt. Zur rein ziffernmäßig sei hervorgehoben unter anderem die schweren Posten unter den Posten der Reichsschuld. Ihre Veranschlagung ist mit 12,4 Milliarden in Ansatz gebracht. Im weiteren Verlaufe stehen Pensionen u. s. w. mit 3,2 Milliarden. Für Meer und Marine sind 1,9 Milliarden eingeplant. Die allgemeinen Verwaltungsausgaben sind mit 6,8 Milliarden veranschlagt. Dazu treten noch einmalige Ausgaben im Rahmen des Ordinariums, so zur Beschaffung des Lebensmittels 3 Milliarden.

Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts bessern sich auf 11,4 Milliarden, dazu sind aus dem Rechnungsjahr 1919 noch etwa 10 Milliarden verfügbar. Zur Ausführung des Friedensvertrages sind 5 Milliarden ausgeworfen, für Zinnschäden eine Milliarde. Für die Bewilligung des Herzes und der Marine 2 1/2 Milliarden. Im außerordentlichen Haushalt stehen an weiterer Stelle die Fehlbeträge der Betriebsverwaltung. Sie sind für Reichspost und Eisenbahn auf 12 Milliarden veranschlagt. Es wurde mit bei dieser Rölle die Frage vorgelegt, ob ich in der Lage sei, für den finanziellen Teil des Reichshaushalts verantwortlich zu übernehmen. Die Frage ist nur im Zusammenhang mit dem allgemeinen Haushalt zu beantworten, wie er jetzt vorliegt. Er zeigt deutlich, daß die Uebernahme solcher Defizite auf die Reichskasse und damit die Steuerträger unmöglich ist. Das Augenmerk ist mehr als je auf neue Steueransätze zu richten. Wo treten heute die großen finanzpolitischen Uebelstände in den Vordergrund, die zu den Monopolen führen. Darüber hinaus werden immer nächsten Zukunft neue Formen der Besteuerung zu finden sein, nicht so sehr im Steuerwesen selbst,

als in der Verbindung des Steuerwesens mit der Wirtschaft. Die Reichsfinanzverwaltung wird in absehbarer Zeit an die Teilkonsolidierung der im lebenden Schulden beizutreten. Sie glaubt als nächstes Mittel hierfür wieder die Sparmaßnahmen anzusprechen zu können. Auch der Kredit im Ausland bedarf der sorgfältigen Beachtung. Es steht zu erwarten, daß mit der Konsolidierung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die kapitalistischen Auslandsbanken geeigneter sein werden, Deutschland Kredite zu gewähren.

Die Selbstbehauptung der Arbeitsgemeinschaft.

Von Generaldirektor Dr. Albert Bögl.

Unmittelbar vor Ausbruch der Revolution haben sich die Organisationen der Industriellen mit den Gewerkschaftsführern in einem freien Vertrag zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen, deren Aufgabe es sein sollte, die Reibungsflächen, welche sich zwischen den beiden wichtigsten Faktoren der schaffenden Industrie infolge der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des 19. Jahrhunderts gehäuft hatten, möglichst auszuschalten. Es lag ein allgemeiner, wirtschaftlicher Gedanke zugrunde, nämlich die Energievergeudung (Streiks und dergl.) auf ein Minimum zu reduzieren. Auch ein positiver politischer Gedanke befeuerte die Vertragsgestaltung: man wollte im drohenden Zusammenbruch die Produktion, die Industrie selbst, retten, weil man die von außen anstürmenden Gefahren fürchtete.

Im November—Dezember 1918 sahen es dann eine Weile, als ob die „Arbeitsgemeinschaft“ ein totgeborenes Kind sei. Die Arbeiterratsbewegung erschütterte auf den ersten Schlag die Gewerkschaftsorganisation schwer und schen auf diesem Umweg auch die Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und Gewerkschaftler in die Luft zu legen. In die Verfassungspolitik und in die Wirtschaftspolitik drang mit Gewalt der „Rätegedanke“ ein. Die Industriellen, die soeben mit den Gewerkschaftlern in ein freies Vertragsverhältnis gekommen waren, lehnten so gut wie einmütig die russische Importware ab. Das taten auch die Gewerkschaftler. Fehlte doch scheinbar jede praktische Möglichkeit, die „Räte“ in den komplizierten Bau des deutschen Industrieorganismus einzuführen.

Inzwischen haben sich die in ihrer Existenz durch die Revolution bedrohten Gewerkschaften zum guten Teil durch die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft trotz der Arbeiterratsrevolution behauptet. Dadurch wurde andererseits wieder die Arbeitsgemeinschaft zu einer immer festeren Grundlage für alle wirtschaftlichen Wiederaufbaubestrebungen. Gleichzeitig hat sich aber auch der Rätegedanke langsam durchgesetzt. Einmal hat die Verfassung im Artikel 165, wie man zu sagen pflegt, den Rätegedanken „verankert“. Des Weiteren ist von der Nationalversammlung das Betriebsrätegesetz als Vorbildkörper in den Organismus der Industrie eingedrungen worden. Die Industriellen wie meist auch die Gewerkschaftler empfanden dieses Gesetz als etwas der Arbeitsgemeinschaft Fremdes und Feindliches. Erstere sahen es deutlich, Letztere wehrten sich verächtlich. Auch sonst hat der Rätegedanke noch Form genommen. Ein provisorischer Reichswirtschaftsrat soll einem Entwurf der Reichsregierung nach zusammenreten. Mehrfach schon sind Versuche zur Bildung von Bezirkswirtschaftsräten unternommen worden. Erst unlängst ist im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein starker Anlauf genommen worden.

Alles ist im Fluß. Unklar noch sind die Linien der Entwicklung. Rein äußerlich genommen treten nunmehr die „Räte“ in den Vordergrund. Andererseits aber ist die gesamte Industrie in ihrem inneren Leben so sehr vom Leben der Industriellenverbände und der Gewerkschaftsorganisationen abhängig, daß man annehmen darf, daß die „Arbeitsgemeinschaft“ sachlich wirtschaftlich und sachlich politisch das Feld behaupten wird. Infolge des Druckes der Rätepolitik im Parlament und auf der Straße wird wohl das Wort „Räte“ einen scheinbaren Sieg davontragen, aber diese „Räte“ werden sich nicht anders als aus den bestehenden Arbeitsgemeinschaften heraus entwickeln können. Selbst die „revolutionärsten“ Räte müßten auf irgendeinem Umweg an diese Form industrieller Arbeitsgemeinschaft sich anlehnen oder später wieder dazu zurückkehren.

Den Industriellen ist es im allgemeinen gleichgültig, welches Wort den Sieg davonträgt, wenn nur die Sache nicht darunter leidet, wenn nur der ohnehin sehr schwache und trankte Wirtschaftskörper am Leben erhalten bleibt. Dabei sind sie sich wohl klar darüber, daß letzten Endes die Arbeitsgemeinschaftsplanung und der auf Produktionsmitverantwortung gerichtete Rätegedanke wertvoller sind als leere Worte, sinnlos oder gar heftig in der Politik ausgesprochen, oder leere Formen, klug und teilweise am grünen Bürokraat- oder Wehrtenisch ausgedacht. In der Arbeitsgemeinschafts-idee, in der Räteplanung lebt, so will es wenigstens scheinen, der Gedanke der Produktionssolidarität, der Arbeitsgemeinschaft, mancher würde mit Spengler auch vor dem Wort „Sozialismus“ nicht zurückweichen. Wo dieser Gemeinschaftsgedanke aufsteht und lebendig wird, entstehen die Formen — auch ohne Schreibtisch.

Die letzten Ereignisse haben allerdings der reinen Arbeitsgemeinschaftsidee, dem richtigen Rätegedanken, sofern beide auf menschliche Produktionsgemeinschaft gerichtet sind oder gerichtet sein sollen, einen argen Stoß verleiht.

Die Gewerkschaften sind schlangentwerg in den Generalkrieg eingetreten, ohne sich um die „Arbeitsgemeinschaft“ zu sorgen. Sie haben dabei offenbar nicht bedacht, daß unter einer solchen „Sabotage“ die wirtschaftliche Zeugungsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaft in Frage gestellt wurde. Noch weniger haben sie bedacht, daß die politische Tragfähigkeit der von ihnen doch mitgegründeten und mitgewollten Organisation in verhängnisvoller Weise erschüttert wurde. Durch das Viesfelder Abkommen sollte ein vernünftiger Zweck (den Bürgerkrieg zu stoppen) erreicht werden. Aber dies geschah auf Kosten der Wirtschaft, auf Kosten der die Wirtschaft stützenden Arbeitsgemeinschaft. Ganz davon zu schweigen, daß das Viesfelder Abkommen und der Ministerliche Frieden die Auflösung der Reichswehr als der einzigen Schutzwehr einer geordneten, einigermaßen diebestimmten Wirtschaft beschleunigten.

Nun muß vielfach wieder von vorne angefangen werden. Der Rätegedanke muß wieder entpuffert werden. Aber auch die Gewerkschaftsführer müssen von ihrem Parteiwahn, in den sie während der letzten bedau-

rischen Ereignisse sich verrannt haben, wieder loszukommen suchen. Den Industriellen ist jedenfalls der Sinn für die Tragweite der sich aus dem politischen Krieg des letzten Monats ergebenden wirtschaftlichen Revolution gewedt worden. Nicht allen. Der großen Mehrheit sicher.

Die bedeutendste Lehre für alle muß dies eine sein: Was nützt uns eine Arbeitsgemeinschaftsform, wenn der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft nicht in den Trägern der Form lebt! Ich denke dabei an beide Teile. Was nützen uns die „Betriebsräte“, wenn der Produktionsgedanke nicht zu einer Art Coangefühm der neuen Funktionäre wird!

Der Industrie ist im allgemeinen nüchtern, rechnerisch sachlich eingestellt. Er ist Skeptiker jeder Doktrin gegenüber. So fällt ihm deshalb auch schwer, die glaubensfanatische und parteibekämpfende Art des Arbeiters zu verstehen. Umgekehrt ist das Vertrauen oder vielmehr auch nur das Mißverständnis noch größer. In der allgemeinen Kampfatosphäre, die die Parteibekämpfer und Klassenkämpfer mit Pulverdampf schwängern, gedeiht deshalb die Arbeitsgemeinschaft nur schwer. Manchmal zweifelt man daran, ob auch bei noch so geduldriger Pflege „Arbeitsgemeinschaft“ und „Räte“ in positiven Bahnen erhalten werden können.

Und trotzdem! Ich glaube, daß der Arbeitsgemein-schaft die Zukunft gehört. Die Zukunft nicht nur der Wirtschaft, sondern auch, auf ihr aufgebaut, die Zukunft der deutschen Politik.

Der neue Minister des Auswärtigen in der Nationalversammlung.

Berlin, 21. April. (Von un. Berl. Büro.) In der Nationalversammlung hat gestern Herr Dr. Köster debütiert, und er hat, um das gleich vorweg zu nehmen, bis in die Reihen der Rechten hinein ansehnlich gut gefallen. Dieser neue Vertreter des auswärtigen Reichs ist von anderer Art, als Minister sonst in Deutschland zu sein pflegen, anders auch als die, die der Reichsversammlung am 1. März überbracht hat. In seiner hochtrahenden Wohlgenährtheit, dem leicht gemalten Haar, der hochragenden Gestalt könnte man ihn für einen Hofkammerherrn, einen Wagnerlänger, einen Tenor oder Bariton halten. Aber er ist ein Dichter, einer, der von seinen Parteifreunden erudiert, aus der Poesie und Ehrlichkeit in die Politik kam, nicht einer, wie das wohl bisweilen schon gesagt, der in seinen Wustkünden aus der Unruhe der großen Welt auf den Heilten sich wälzt.

Das Thema, mit dem Herr Köster sich gestern einzuüben hatte, lag dieser besonderen, oder sagen wir vorläufiger, der ursprünglichen Bedeutung des neuen Mannes. Er sollte auf die Interpellation antworten, die wegen der schändlichen Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes in Eupen und Raimeu von Männern aller Parteien, die Unabhängigen natürlich ausgenommen, eingebracht worden war, mit anderen Worten: er sollte seine Stimme mit der Ihren vereinigen zu einem lauten, weithin hallenden Protest vor Regierung und Volk. Und dazu braucht man kein Minister des Auswärtigen, braucht man nicht einmal ein Volkstümlich zu sein. Dazu bedürfte es bloß eines warmempfindenden deutschen Herzens, die Welt auch nur eines unverdorbten Gefühls für Recht und Gerechtigkeit und Wohlwollen im Verkehr der Völker unter einander. So sieht sich aus dem, was Herr Dr. Köster auf die inigmittigen Anfragen des Kölner Abgeordneten Kerschfeld wider den ungläubigen Imperialismus der Belgier vorzutragen hatte, im Grunde noch nicht absehen, ob und welche Eignung er für sein neues Amt mit bringt.

Aber in diesem großen, blonden Mann vom der nordischen Wackerheit lebt ein starker wasserländischer Sinn. Er ist wohl nie — dazu war seine Parteifreunde zu kurz — in die internationalen Hingenisse der Sozialdemokratie hineingezogen gewesen und schon das ist, wie die Dinge liegen, ein Gewinn. Mit den ersten Sätzen, die er frei und mit wohlwollender Stimme vorbrachte, war die Verbindung zwischen ihm und seinen Landsleuten nicht gerade zahlreichen Zuhörern hergestellt. Hinterher, als Herr Köster sich vielleicht allzu flüchtig in sein Manuskript vertiefte, ließ die Aufmerksamkeit nach. Wer aber dennoch sich die Mühe gab, der Zuhörer zu folgen, fand manches Kluge, tapfere, mannhafte Wort, auch das eine und andere drunter, das über den Gegenstand von heute hinauswies in Anknüpfungspunkten und Zukunftsaussichten.

Vor allem dies eine: Das Besten ist durch Herrn Dr. Kösters Mund der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht: niemals wird das deutsche Volk die durch den Friedensvertrag ihm aufgedrückten Bestimmungen und die Graubnis als rein nationale Entscheidung anerkennen können. Das ist etwas, was Herr Hermann Müller wohl nie sich aufschreiben wollte. Und doch kann aus Sommer und Herbst sein kein anderes Mittel kommen. Die Bitte um die ständige Sorge für unsere Interessen haben sofort im Mittelpunkt aller unserer außenpolitischen Bemühungen zu stehen.

Eine Ausnahme hat sich an die Ausführungen des Ministers nicht geschlossen, und das war gut so. Jedes weitere Wort hätte den Eindruck dieser Kundgebung, von der allein die Unabhängigen können, ähnlich wie immer, sich ausschließen, nur abgemildert können. Hernach ward, nachdem Herr Dr. Blund als Reichsminister es mit Glück und Geschick bestritten hatte, das Geleit über die Befriedung der Gräben des Reichsstaats und der Sondierung in erster und zweiter Beratung angenommen. Und schließlich unterwarf sich Herr Köster vor nun ganz leeren Säulen das Besten, die von der Postverwaltung aus anzuwendende neue Bestimmung zu „berühren“. Dann ging man zu verhältnismäßig früher Stunde auseinander. Am kommenden Dienstag aber, so heißt man, soll die Nationalversammlung über Arbeit beschließen.

Sitzungsbericht.

B. B. Berlin, 20. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf eine Anfrage des Abg. Erlenz (Dem.) wegen der Vorbereitung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes wird regierungsmäßig geantwortet, daß neuerdings größere Mengen Getreide dem Gebiete zugeführt werden könnten. Die Wochenrationen haben wieder den frühesten Umfang wie vor dem Unruhen erreicht.

Es folgt die Interpellation betreffend die Kreise Eupen und Raimeu, gestellt von allen Fraktionen mit Ausnahme der U. S. V.

Abg. Kerschfeld (Soz.) begründet die Interpellation. Die Militärischen macht die freiwillig-militärischen Bestimmungen zu einer Parca, die als unerhörte Willkür in Szene gesetzt wird. Die Bahn des Kreises Raimeu wird von Belgien beansprucht, wodurch uns rein deutsche Gebiete verloren gehen und zugleich die Wasserleitung des Kreises Raimeu gefährdet wird. Wegen diesen neuen Vertragsbruch der belgischen Behörden muß die deutsche Nationalversammlung u. die Reichsregierung einschreiten. Eupen hat nur 70 wahlberechtigte Einwohner. Raimeu ist über zwei Drittel deutsch. Auch der größte Teil der Wälder sind deutsch und müssen nicht abgeholzt werden. Wir rufen das Gemis der Menschheit wegen dieser Vergewaltigung auf. Von dem Kreise Raimeu, in dem keine einzige wahlberechtigte Familie lebt, ist im Friedensvertrage überhaupt keine Rede. Von der Regierung erwarten wir die schärfsten Maßnahmen. (Lebhafte Beifall.)

Reichsminister des Innern Dr. Köster: Wenn es etwas gibt, das über die Kräfte der Parteien hinaus den notwendigen Zusammenhalt aller zu fördern geeignet ist, dann ist es der Will und die schmerzliche Kampfe anderer Völker über die Grenze, wie sie uns der Friedensvertrag aufzwang. Alle diese Bestimmungen können nicht mit dem Kopfe, niemals aber mit dem Herzen anerkennen, schon weil dabei überall die Sprache des Herzens, ob deutsch oder dänisch, oder polnisch oder belgisch überwiegt von den wahlberechtigten Männern. In den Kreisen Eupen und Raimeu ist die Lage überhört. Die Ereignisse sind auf die demokratischen Gebiete über, welche heute sind deutsch und westfälisch, auch englisch und Deutschland verbunden. Am 1. September hat es dort nie gegeben. Auch in Belgien hat man vor dem Waffenstillstand nicht an eine Unter-

tion der Kreise gedacht. Das deutsche Sprachgebiet erstreckt sich über die Kreise hinaus, weit nach Belgien hinein. Die Wälder sind in der Linie von Deutschland an der Spitze. Die Belgier wollen die Kreise Eupen und Raimeu zu einem belgischen Elfsah-Botzringen machen. Von einer Abstimmung kann kaum als einer solchen gesprochen werden. Es liegen nur in den beiden Kreisen Eupen und Raimeu auf. Den für Deutschland stimmenden werden die Arbeitsmilitärischen entgegen. Clemenceau erklärte, die Abstimmung werde unter peinlichster Rücksichtnahme auf die Freiheit des einzelnen erfolgen. Die deutsche Regierung hat schärfsten Protest erhoben. Die Militärischen haben geantwortet unter Übergehung unserer Befehle, der Völkerverbund werde die Abstimmung übersehen. Eine neue deutsche Note vom 2. Dezember blieb ohne Antwort. Eine weitere Note vom 3. April bezeichnet das belgische Verhalten als Bruch des Friedensvertrages und fordert die Kontrolle der belgischen Behörden durch den Völkerverbund. Die Regierung hofft, daß dieser Appell nicht ungehört verhallen wird. Auch von dieser Seite aus lege ich Beschwerde ein gegen die Vergewaltigung der Volksgenossen. Die Regierung ist sich ihrer Pflicht bewußt. Sie betrachtet es als ihre Ehrenpflicht, für die Vertriebenen durch Entschädigung einzutreten. Bezüglich des Kreises Raimeu hat die Grenzsetzungskommission ihre Befugnisse gründlich und willkürlich überschritten. Wir betrachten diese Verletzung des Vertrages als rechtsunwürdig und sind bereit, diese Frage einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Ich schließe mit der Versicherung, daß die Regierung alles getan hat und alles tun wird, um eine gerechte Abstimmung herbeizuführen und um die Grenzsetzung, wie sie verlangt wird, hinauszubehalten. Der Völkerverbund wird nicht umhin können, die Kreise dahin zu weisen, wohin sie gehören, an Deutschland. (Beifall.)

Präsident Fehrenbach stellt fest, daß das Haus einmütig hinter die Begründung und der Beantwortung der Interpellation steht. (Zuruf der U. S. V. hinter der Beantwortung nicht!) Aber doch der größte Teil. Ich weiß nicht (nach links), ob es nötig war, dies zum Ausdruck zu bringen. Ich spreche den Brüdern in der Westmar unsere warmste Sympathie aus. (Beifall.)

Die Interpellation betr. den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen wird am morgen verhandelt.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes über die Befriedung der Gebäude des Reichstags und des Landtags. Abg. Kaenen (U.): Meine Partei verurteilt dieses Gesetz. Das Gesetz wird in erster und in zweiter Beratung erledigt. Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzes betr. die Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern. Das Gesetz wird ohne erhebliche Debatte angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Telegramm- und Fernsprechnetze in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betr. die Bahngebühren und betr. das bayerische und württembergische Postregal.

Reichspostminister Giesberts: Die Verhältnisse haben sich so ungünstig gestaltet und sich so ungünstig entwickelt, und besonders hat sich unsere Valuta so vereländert, daß die letzte Erhöhung der Gebühren nicht ausreicht. Das Defizit ist auf 1,344 Mill. A. gestiegen. Für 1920 ist ein Gebührenertrag von 300 Millionen veranschlagt. Wir erwarten von der Arbeitsfähigkeit unseres Volkes immer noch eine Besserung der Verhältnisse und ein Steigen der Valuta. Inzwischen aber haben die Forderungen der Eisenbahnen eine Minderwirkung auf die Postverwaltung ausgeübt. Werden diese Forderungen bewilligt, so wächst das Defizit auf 1,400 Millionen A. an. Sparmaßnahmen und Sozialpolitik mildern sich manchmal. Neue Einnahmequellen sollen geschaffen werden. Das Reichswesen soll in großem Maßstabe in eigene Regie übernommen werden. Sehr unklar ist die Abgabe von ein- und auswärts der Fernsprechnetze an die Postverwaltung. Es muß bedacht werden, daß während des ganzen Krieges keine Reparaturen gemacht werden konnten. Die nötigen Gelder dazu in den ordentlichen Etat einzustellen, würde noch größere Mittel erfordern. Die Übernahme der bayerischen und der württembergischen Post ist ohne große Schwierigkeit bewerkstelligt worden. Die Vorlage bedeutet eine Mehrbelastung unseres Wirtschaftslebens; aber sie ist nötig.

Das Gesetz wird in den Hauswirtschafts- und Postverweisen mit Ausnahme desjenigen des bayerischen und württembergischen Postregals.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Interpellation betr. Durchgangsverkehr nach Ostpreußen u. a. — Schluß 6 Uhr.

Der Fortbestand der Einwohnerwehr ein Recht auf Notwehr.

Mannheim, 20. April. Am Anstich an die ironischen Vorgänge im Rahmgebiet ist durch die Presse die Mitteilung gegangen, daß seitens der Genies die Auflösung der Einwohnerwehren Deutschlands mit der Begründung verlangt worden sei, daß diese Organisationen den Bestimmungen des Friedensvertrages zumwiderlaufen und deshalb aufgelöst werden müßten. In den Artikeln 177 und 178 des Vertrages von Versailles ist bestimmt, daß Vereinigungen jeder Art sich nicht mit militärischen Dingen befassen dürfen (Artikel 177) und daß alle Maßnahmen, welche auf eine Mobilisierung hinführen, unterbunden sind (Artikel 178). Nach dem Wortlaut und dem Sinn dieser Bestimmungen ist es den Deutschen untersagt, Organisationen zu gründen, welche mittelbar oder unmittelbar zu dem Zwecke eingerichtet werden, die durch den Friedensvertrag zugelassene Höchstgrenze militärischer Stärke zu überschreiten. Nun ist doch auf den ersten Blick klar, daß sich die Einwohnerwehren überhaupt nicht mit militärischen Dingen befassen. Zweck der Einwohnerwehren ist lediglich:

Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten und ein Bollwerk gegen Unruhen und Verbrechertum zu bilden. Wenn in den Kreisen, deren dunkle Ziele dahin gehen, unserem Vaterland die letzten Kräfte zum Wiederaufbau zu nehmen und Veränderungen und Verhältnisse hervorgerufen, die Behauptung aufgestellt wird, daß in diesen Wehren der alte Geist des Militarismus weiter lebe, so ist diese Behauptung absurd und lediglich zu dem Zwecke erfunden, den auf nötigen Veranlassung unseres armen Landes abzuleitenden nachdenklichen Umtrieben freie Bahn zu schaffen.

Welche Ziele jene Kreise verfolgen, wird wohl beleuchtet durch ein in Druckschrift vor uns liegendes, durch den Kommunisten Walter verfaßtes

Kampfbroschüre für die Straßenkämpfe der roten Truppen! In diesem „Kampfbroschüre“ ist für den „Angriff“ vorgezeichnet: „Rückwärts der Waffengebrauch. Keine Gefangenen machen, besonders jeder intellektuelle „Bürger“ ist sofort niederzumachen. Den toten und verwundeten Gegnern sämtliche Waffen, Munition und Bekleidungsstücke, besonders Stiefel, Mäntel, Röcke, Hüte, Wertsachen usw. abnehmen. In Orte jeder nach der Eroberung sofort rückwärts Beschlagnahme durchzuführen.“

Kein Friedensvertrag der Welt und keine Nacht kann uns zwingen, daß wir uns schuldig solchen verbrecherischen Akten preisgeben. Die Einwohnerwehren sind lediglich zur Verteidigung gegen solche Verbrechen geschaffen und sind der Ausdruck des Rechtes, das mit uns geboren ist:

„Das Recht der Notwehr“ Kein militärischer Geist, kein Wiederaufleben des Militarismus, sondern einzig und allein der berechtigten Wille eines Volkes, sich durch Verbrecher nicht überlassen zu lassen, hat die Einwohnerwehren geschaffen.

Die ersten Waffengebiet dieser Wehr, in welcher sich heute Männer aller ordnungsliebenden Kreise die Hand reichen, entstanden unter der Billigung der Reichsregierung und der Landesregierungen zum Schutze der Ordnung und der verfassungsmäßigen Regierungen. Der ganze Aufbau und die Ausgestaltung der Wehr sind durch den Zweck begrenzt, eine Abwehr gegen Unruhen und Veränderung zu bilden. Die Bürger aller Kreise, auch aus den Arbeiterkreisen, haben sich zusammengeschlossen nicht in militärischen Organisationen, sondern in bürgerlicher Einigkeit und Einigkeit, um das Recht, was uns geboren ist, gegen bolschewistische Umtriebe zu verteidigen. Wie schwierig der Kampf an ein Fortleben des militärischen Geistes in diesen Wehren ist, erweist neben diesen anderen Gründen

(sich die äußerliche Tatsache, daß weder eine Uniformierung der Wehr vollzogen wurde, noch daß militärische Übungen stattfanden, und daß es sich nur um örtlich begrenzte, in den einzelnen Städten ins Leben getretene Einrichtungen handelt. Die Einwohnerwehren sind also keine militärische Macht, sondern lediglich ein Zusammenstoß der ordnungsliebenden Bevölkerung gegen das Verbrechertum. Jeder Volk weiß schon, daß ohne Artillerie, ohne Genietruppen, ohne Train und Trög, ohne zentralisierende Führung, ohne militärische Ausbildung, ein militärisches Gebilde undenkbar ist. Wer kann hier ehrlicher behaupten, daß die Einwohnerwehren eine Behauptung unserer früheren Feinde seien? Dagegen stellen wir die Frage auf, ob es nicht im Interesse unserer früheren Feinde gleich mit in unserem Interesse liegt, eine Institution zu belassen, deren Dasein allein schon einen Damm gegen die von Osten kommende bolschewistische Flut zu bilden im Stande ist?

Wie kann Deutschland, wie kann Europa gesund, wenn die durch den großen Krieg zermürbten Kräfte völlig unterwühlt und wenn nicht vielmehr Zustände geschaffen werden, in welchen durch Aufrechterhaltung von

Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Geist der friedlichen Arbeit wieder zur Geltung kommen kann. Freilich von jeglichen politischen Zielen, jeglichem Umsturz zum Trotz, nach welcher Seite er auch kommen möge, sind die Einwohnerwehren das einzige Mittel, unserem Lande den Wiederaufbau und damit die Verbindung der Nationen überhaupt zu sichern. Das

Recht auf Notwehr kann uns niemand rauben, und so wahr wir wissens sind, durch harte und ensagungsvolle Arbeit uns wieder einen festen Boden zu schaffen, so wahr ist es, daß die Einwohnerwehren frei von allen Angriffsziele sind, sowohl gegen unsere früheren Feinde als auch gegen die jetzt bestehenden politischen Verhältnisse in unserem Land. Das möge laut hinausgerufen werden in alle Welt, damit endlich erkannt werde, daß in den Einwohnerwehren sich lediglich äußert der Wille, den Geist der Menschheit gegen den Geist der Vernichtung und des Verbrechens zu verteidigen.

Deshalb haben auch die Regierungen Deutschlands, aber auch unsere früheren Feinde selbst das größte Interesse an dem Fortbestehen einer Einrichtung, welche nichts will, als ehrlicher Weise den Geist der Vernichtung zu bannen. Wenn in Süddeutschland in den letzten Monaten Ruhe bewahrt werden konnte, so ist dies hauptsächlich dem Bestehen der Einwohnerwehren zu verdanken. Welche Angst, wenn unser Volk dies nicht erkennen würde! Aber

das Recht auf Notwehr lassen wir uns nicht nehmen!

Wir leben hier in der neutralen Zone und sind ohne militärischen Schutz. Werden uns die Einwohnerwehren genommen, dann könnte eines Tages auch bei uns der Geist des Bolschewismus sein heutiges Haupt erheben, nicht nur zum unermesslichen Schaden von uns selbst, sondern auch unserer Nachbarstaaten.

Deutsches Volk! es gilt deine letzten Kräfte zu retten, welche zugleich sind die Kräfte der ganzen Welt! Gedenke des Franks der Zeit, wehre dich und erhebe lauten Protest gegen die Auflösung der Einwohnerwehren!

Die Reichstagswahlen 1920.

Verständigung zwischen dem bayerischen Bürger- u. Ordnungsbund.

München, 21. April. (Brio. Tel.) Der Bürgererrat Münchens gibt bekannt: Zwischen dem bayerischen Bürgerbund (Bürgererrat) und dem bayerischen Ordnungsbund haben weitere Verhandlungen stattgefunden. In deren Verlauf wurde anerkannt, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt mehr getrieben werden dürfe, welche dem Ziel der Beruhigung der Bevölkerung entgegensteht. Im Interesse der bürgerlichen Einheitsfront erschien es ferner als unbedingte Notwendigkeit, künftighin jeden Anlaß zu einer gegenseitigen Bekämpfung zu vermeiden und sich Angriffen zu enthalten, welche die eine oder andere Organisation oder Untergruppe und Mitglieder verletzen könnten. Schließlich wurde, um auch den Schein einer Nebenregierung auszuschließen, die Ueber-einkommung dahin festgestellt, daß die Absicht nicht bestehe, durch politische Maßnahmen irgendwelcher Art in die Zuständigkeit des Landtages und seiner Parteien einzugreifen. Nachdem so die Voraussetzungen für eine gedeihliche gemeinsame Arbeit gegeben erschienen, wurde beschlossen, einen Zentralausschuß zu bilden. Seine Aufgabe ist 1. Regelung der beiderseitigen Beziehungen 2. Beratung und Durchführung gemeinsamer Aktionen, 3. vorherige Verständigung über alle nicht gemeinsame Aktionen. Den Vorsitz in diesem Ausschuss, dessen Erweiterung durch Zutritt anderer ähnlicher Organisationen vorbehalten bleibt, führt der Vorsitzende des Bürgerrates. Der stellvertretende Vorsitzende wird vom Ordnungsbund gestellt. Im Ausschuss sind je 3 Mitglieder des Bürgerrates und des Ordnungsbundes vertreten.

Piloty kandidiert nicht mehr. München, 21. April. (Brio. Tel.) Der demokratische Abgeordnete Dr. Piloty, Universitätsprofessor in Würzburg, erklärte auf einer Tagung des unterfränkischen demokratischen Reichsverbandes in Würzburg, aus beruflichen Gründen nicht mehr kandidieren zu wollen, was von der Versammlung mit allgemeinem Bedauern vernommen wurde.

Die Wahl des Reichspräsidenten. Zu der Redung einer Berliner Korrespondenz, daß die Wahl des Reichspräsidenten gleichzeitig mit der Reichstagswahl erfolgen solle, erklärt die Deutsche Allgeme. Ztg., daß diese Auffassung irrig ist. Voraussichtlich werde das Reichstagswahlgesetz bestimmen, daß der Termin für die Reichspräsidentenwahl durch den Reichstag bestimmt wird.

Deutsches Reich.

Der Staat Thüringen. Berlin, 20. April. (WB.) Der Bundesrat hat einen Gesetzentwurf über das Land Thüringen und einen Gesetzentwurf über die Vereinigung Koburgs mit Bayern angenommen. 7 bisherige Kleinstaaten: Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg, Reuß und Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt bilden künftig den Staat Thüringen. Im Reichsrat wird dieser Staat durch zwei Stimmen vertreten sein, während jeder Kleinstaat bisher eine besondere Stimme hatte. Dadurch verringert sich auch die Stimmenzahl Preußens im Reichsrat, das nach der Verfassung nur 1/3 betragen darf. Das Gesetz wird voraussichtlich am 1. Mai in Kraft.

Forderungen der rheinisch-wesfälischen Bauern. w. Aigen, 20. April. In einer großen öffentlichen Versammlung, die am Sonntag hier in der Turnhalle stattfand wurde eine Resolution angenommen, daß die Bauern jeden anderen Stande als überdrüssig gelten sollten, sie fordern den sofortigen Abbau der Zwangsvereinnung bei Befreiung der Preise. Mitwirkung von Vertretern der Landwirtschaft, Umgestaltung, Verbilligung und Vereinfachung der Gesetzgebung des Kommunalverbandes, Beseitigung aller Zwischenstufen durch direkte Befreiung von Steuer und Wahlen sowie der Verbrauchssteuer. Beschaffung künstlicher Düngers zu erträglichem Preise, Freigabe der Zwangsvereinnungen für Selbstverarbeiter bis Ende des Jahres. Die Landwirte beschließen, daß die Abgabe von Getreide an den bestimmten Höhe getrocknet wird und dieselben auch wirklich frachten. Schmelzen und Verarbeiten unter Kontrolle zu unter-

National-Theater.
Mittwoch, den 21. April 1920.
8.20. Theater in Wiesbaden, Inhalt A (für II. Vorstell. A. 32)
Kindertragödie
Anfang 7 1/2 Uhr. Kleine Preise. Ende gegen 9 Uhr.
National-Theater Mannheim.
Donnerstag, den 22. April 1920.
9. Vormittags-Aufführung
A. Aufführung in Wiesbaden
Der junge Schiller
Setzung: Fritz Wendhausen
Einleitende Worte: Dr. Robert Einfiels
„Eine Gesellschaft bei Dalberg“
Nach Szenen von Max Deler.
Mitwirkende: Fritz Berger, Fritz Odemar, Max Grünberg, Wilhelm Kolmar, Fritz Hilbert, Benzel Hoffmann, Georg Köhler. Beginn 11 1/4 Uhr.
Der Kartenverkauf beginnt am Donnerstag, den 22. April 1920. **Die Intendanten.**

Neues Theater im Rosengarten
Mittwoch, den 21. April 1920
Das Dreimäderlhaus
Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.
Künstlertheater „Apollo“
Mittwoch, den 21. April
Freier amerikan. Ringkampf, alle Griffe erlaubt
Mokny geg. Stolzenwald
Entscheidungskampf Grunwald gegen v. d. Heyd
Sauerer gegen Wanjek.

Städtische Konzerte im Rosengarten.
Sonntag, den 25. April, abends 8 Uhr
im Nibelungensaal:
Heiterer Musikabend
Mitwirkende:
Irene Eden-Benliss (Sopran) v. Mannheimer
Alfred Landory (Klavier) Nationaltheater.
Das verstärkte Orchester.
Program:
Heitere Lieder, Arien und Duette, Operetten-
und Walzermusik.
Eintrittskarten zu 2, 2, und 1 Mk. (dazu
20 % Steuer) im Rosengarten. 29
Der Vorverkauf (ohne Preisabschlag)
beginnt am Donnerstag, Kasentunden
täglich 11-1 und 1 1/2-4 Uhr, Sonntags
11 bis 1 und 1 1/2 Uhr bis Konzertbeginn.
Die Veranstaltung findet ohne Wirtschaftsbetrieb statt.


Rosengarten - Versammlungssaal
Diesen Freitag, den 23. April, abds. 8 Uhr
Ludwig Hardt
Verse von Goethe, Liliencron, Rilke (r. t. n. d. Manuskript), Heitere Märchen von Andersen, Grimm, Storm, Grottesken von Morganstern, dazu Porträts Berliner Schauspieler: Bassermann, Pallenberg, Molau, Kayßler, Wegener u. a.
Karten im Mannheimer Musikhaus. 5226

Freitag, 23. April 1920, abends 8 Uhr
im Kasinosaal (Am Marktplatz)
AUTOREN-ABEND
FRITZ DARSTEIN
Aus eigenen Dichtungen
Gedichte, Novellen, Dramen.
VORTRAG:
Herr W. HABERMEL, Ludwigshafen a. Rh.
Karten 2 Mk. 3.50 (num.) und 4 Mk. 2.50 (num.) bei K. Ferd. Heckel, Kunststrasse und im Mannheimer Musikhaus. *1903

Nur noch 2 Tage
„Judex“
Ein Abenteuer-Roman in 12 Epö.
1. Der geheimnisvolle Schatten
2. Die Sünder.
Dieser Film kommt in 4 Teilen zur
Vollführung.
Anfang täglich 3 Uhr.

Privat-Tanz-Institut
Laurentiusstrasse 17a
Beginn meiner neuen
Tanz-Kurse
Montag, den 26. April, abends 7 Uhr
und bitte um güt. Anmeldung. 59353
Hochachtungsvoll
Hch. Ungheuer, Berufs-Tanzlehrer.
Privatstunden zu jeder Tageszeit.

Zu gut bürgerlichem Privat-Tanzkurs
werden einige
Damen und Herren
gehoht. *2023
Angeb. u. E. V. 99 a. Die Geschäftsstelle d. Bl.



**ZUR AUFKLÄRUNG
FÜR ZIGARETTENRAUCHER!**

Zur Herstellung von Zigaretten, die Ansprüche erheben auf feines Aroma und milden Geschmack haben sich bis heute nur orientalische Zigaretten-tabake als geeignet erwiesen -
Als Hersteller bekannter Qualitäts-Zigaretten verwenden wir auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen nur garantiert rein orientalische Zigaretten-tabake. -
Unsere sämtlichen Marken sind daher völlig frei von dunklem Zigaretten-tabak und zeichnen sich durch vorzügliches Aroma und angenehmen milden Geschmack aus.

Stuttgart, März 1920.
Waldorf-Astoria
Zigarettenfabrik
Aktiengesellschaft.

R. MUSCHE

„Kabarett Rumpelmayer“.
Alois Pöschl
der ausgezeichnete Münchner Komiker
dazu 572
Louis Staller, Laura Bernauer,
Eugene et Irene
und die übrigen Attraktionen.

Verkehrs-Verein Mannheim E. V.
Mittwoch, den 28. April, abends 8 Uhr
findet im oberen Lokal des Restaurants PERGOLA (Friedrichsplatz) die
Ordentliche Mitglieder-Versammlung
statt, wozu wir unsere Mitglieder höflich einladen.
Tages-Ordnung: § 7 der Satzungen.
Mannheim, den 20. April 1920. 52230
Der Verwaltungsrat.

Liederkrantz Mannheim (E. V.)
Ordentliche Mitglieder-Versammlung
findet am
Donnerstag, den 29. April 1920, abends
8 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus E. 5, 4 statt.
Tages-Ordnung:
1. Rechnungsablage für das abgelaufene Vereinsjahr.
2. Bericht über Tätigkeit des Vorstandes und der Ausschüsse.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Wahl der Ausschüsse.
5. Erledigung sonstiger Vereinsangelegenheiten.
Hierzu beehren wir uns, unsere wirkenden Mitglieder einzuladen.
Mannheim, den 21. April 1920.
5216
Der Vorstand.

Sternwarte.
Mittwoch, den 21. April, abends 7 1/2 Uhr
in der Harmonie
Vortrag: **Paul Kornfeld**
„Kunst und Kritik“
Eintrittskarten für Mitglieder des Theaterkulturverbandes zum Preise von Mk. 2.- und Steuern im Mannheimer Musikhaus. Einzelangehörigen für nichttreibende Mitglieder der Sternwarte im Mannheimer Musikhaus und bei Heckel. 5220

Schwetzingens Paradies
Der Schlossgarten in vollem Fiederschmuck
Spargelzeit
Täglich Markt, abends um 6 Uhr, Sonntags um 5 Uhr. Musikant durch den Gartenschein.

Auto-Reparaturen



Personenwagen
Lastkraftwagen
Lieferungswagen
werden rasch und sorgfältig in unserer vorzüglich eingerichteten Werkstätte unter fachmännischer Leitung repariert.

Auto-Centrale
Wolf & Diefenbach
Spezial-Autoreparaturwerkstätte
Speckweg 35 Mannheim-Waldhof Fernruf 7433

Friedrich Morano, Mannheim
Akademiestr. 14 Telefon 5205 Hafenstr. 28
Tapezier u. Dekorations-Geschäft
(langjähriger Werkführer der Firma Gebr. Reis Holzölbrennerei hier),
empfiehlt sich in allen im Fach vorkommenden Arbeiten,
bei prompter Bedienung u. geschmackvoller Ausführung.
Spezialität: Leder-Klubmöbel. 5206

Eilen Sie sofort
Emil Lechner
R. 7.32 u. Gontardstr. 3, Tel. 6336.
Fensterscheiben
Kunstverglasungen.
Schnell u. preiswert repariert haben wollen!

Adler-Schreibmaschine
sowie Kopierpresse zu verkaufen.
Kunert, L. 15, 18.

Kaffee u. Weinhaus
„Börse“
Vornehmstes Familien-Kaffee
Erstklassigstes Wein-Restaurant
Täglich 3 Uhr Tee mit Künstler-Konzert
Ab 7 Uhr abends: Souper.
Voranzeige!
Mittwoch, 21. April 1920
Grosser Operetten-Abend
Donnerstag, den 22. April
Italienischer Opern-Abend
Freitag, 23. April 1920
Grosses Sonder-Konzert
Ab heute Mittwoch der allgemein beliebte
Gustel Schneider
rezeptionsiert. 517

Palast-Theater
Narrantanz der Liebe (5 Akte)
Das Zukunfts-Restaurant (2 Akte)
Wochentags Anfang 8 Uhr
Samstags u. Sonntags 2 Uhr. 5148

Achtung! Achtung!
Café Corso
Breitestr. J. 1, 6
Täglich abends 8 Uhr
Auftreten des beliebten
Bariton-Sängers
Humorist., Stimmungsmacher
Albert Roth. 5234

Damen- und Herrenhüte
werden b. kürzester
Lieferzeit bekannt
erklassig in mod.
Wiener und Bar.
liner Formen
wie neu umgeputzt
& umgearbeitet.
R. Hetzler, U 2, 3, am Schulhausplatz.

Linoleum
in verschied. Stärken und Farben
ist wieder eingetroffen. 4996
Hermann Bauer
P 7, 19. Tel. 956. P 7, 19.
Tapeten, Teppiche, Linoleum.

Dach-Reparaturen
aller Art, einschl. Spenglerarbeiten werden
prompt, fachgemäß und billigst ausgeführt
Schnepf & Co.
Luisenring 25 Mannheim Teleph. 7971

la. Heizöl
engl. Fabrikat, dünnflüssig, gibt 9000 Kalorien
W. E. sofort in Reifeimogen ab Kontingents-
lieferbar. *1710
Anfragen an W. Kants, Ludwigshafen a. Rhein, Jägerstr. 6, Telefon 1134.
Lösen Tortstreu
lose in Kahlledungen verladen liefert größ. Posten
Johs. v. Beckum G. m. b. H.
Fenzl 26 u. 33 Leer l. Ostf. Fenzl 29 u. 30
Tel.-Ad: Vanbeckum Leerostfriesland. *1610

Zu kaufen gesucht:
1 Automobil
Benzinmotor, Vierzylinder, 6/16 oder 8/18
oder 8/20 PS, auch reparaturbedürftig.
Angebote an Köhler & Selb, Werk-
strasse 17, Telefon 6740. 5140

Amliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Donnerstag, 22. April gelten folgende Marken:
I. Für die Verbraucher:
1. Margarine 1/2 Pfund zu RM. 3.75 die neue
Marken 1 in den Verkaufsstellen 1-350.
2. Speisefett 250 Gramm halbes Pfund zu RM. 2.30
für die Kartoffelmarken 26 in den Kolonialwaren-
verkaufsstellen 1-1068.
3. Speisefett 1/2 Pfund zu RM. 2.40 für die Kolonial-
warenmarken 8 in den Verkaufsstellen 279-420.
4. Speisefett: Zu den aufgedruckten Preisen marken-
frei in den Apotheken und Drogerien.
5. Speisefett: 1 Paket (250 Gramm) zu RM. 3.80
für die Wagnersmarken 138 in den Kolonial-
warenverkaufsstellen, die bei der Bestellung die
Wagnersmarken 138 abgefordert haben.
6. Speisefett: Nestlé-Milch an Säuglingen und Kindern
zu RM. 4.20 das Pfund markenfrei in den
Kolonialwarenverkaufsstellen 1-1068.
7. Speisefett: für 1 Pfund (das Pfund zu 35 Pfg.)
in den Verkaufsstellen 610-1006.
8. Speisefett: 125 Gramm zu RM. 2.85 für die
Kolonialwarenmarken 7 in den Verkaufsstellen
1-1068.
9. Speisefett: 375 Gramm zu RM. 3.75 für die
Kartoffelmarken 25 in den Kolonialwaren-
verkaufsstellen 1-1068.
10. Speisefett: 100 Gramm zu RM. 1.05 die Milch-
markenmarken 12 in den Verkaufsstellen
630-681.
II. Für die Verkaufsstellen:
Zur Abgabe sind bereit:
1. Margarine 1/2 Pfund zu RM. 3.75 für die
Verkaufsstellen 551-735 im Verkaufslager
Q 2, 5 am Donnerstag, den 22. April, von
9-11 Uhr; ferner die gleiche Menge für die
Verkaufsstellen 736-854 in der Obst- u. G.
Fleischmarkenstraße 18 am Donnerstag, den
22. April, von 8-11 Uhr. Kassens, Kasse und
möglichst Scherz als Bezahlung mitbringen.
2. Speisefett: 1 Dose zu RM. 1.50 für die Milch-
markenmarken 12-1068 sofort oder am
Donnerstag, 22. April abholen wie folgt:
Die Mitglieder des Vereins der Lebensmittel-
händler bei
Herrn Anger, Rheinbödenstraße 14.
Die Mitglieder der Großhandelsvereinigungen
der Kolonialwarenhandlung, Großenstraße 8a,
85-209 bei Amann, Elmstraße 27,
210-238 bei Schmidt, H. 7, 21,
334-339 bei Reiffel, O. 3, 1,
510-512 bei Kammann, H. 1, 18,
673-845 bei Schenk, Range Rüterstr. 5a,
846-1068 bei Wilt, J. 2, 24.
Speisefett 1/2 Pfund zu RM. 2.40 für die
Kolonialwarenverkaufsstellen 601-770.
3. Speisefett und Zucker gegen Kassens
am Donnerstag, den 22. h. 22. von 8-12 und
2-5 Uhr bei der Fr. Georg Jahn, Großen-
straße 64. Behälter sind mitzubringen.
Seltene Lebensmittel, C. 2, 16, 18.
Aufgrund der Befristung des Reichs-
gesetzes für die Subventionierung des Milch-
verkehrs über die Einkünfte des Reichs aus
dem Milchverkehr sind für die Stadt Mann-
heim am 22. November 1919 erlassenen Verord-
nungen wie folgt geändert:
1. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
2. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
3. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
4. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
5. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
6. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
7. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
8. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
9. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
10. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
11. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
12. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
13. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
14. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
15. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
16. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
17. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
18. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
19. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
20. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
21. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
22. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
23. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
24. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
25. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
26. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
27. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
28. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
29. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
30. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
31. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
32. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
33. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
34. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
35. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
36. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
37. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
38. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
39. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
40. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
41. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
42. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
43. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
44. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
45. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
46. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
47. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
48. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
49. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
50. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
51. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
52. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
53. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
54. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
55. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
56. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
57. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
58. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
59. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
60. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
61. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
62. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
63. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
64. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
65. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
66. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
67. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
68. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
69. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
70. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
71. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
72. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
73. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
74. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
75. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
76. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
77. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
78. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
79. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
80. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
81. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
82. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
83. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
84. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
85. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
86. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
87. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
88. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
89. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
90. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
91. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
92. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
93. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
94. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
95. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
96. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
97. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
98. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
99. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.
100. Die Regelung des Verbrauchs
erfolgt für Abnehmer, die im Jahre mehr als
12000 Kilogramm Milch verbrauchen, durch die
Landesoberbehörde, Abteilung Elektrizität, im
Vernehmen mit dem Verbrauchsmann.

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die traurige
Mitteilung, daß gestern mittag meine liebe
Frau, unsere gute treubesorgte Mutter
frau Karoline Ruß geb. Bertig
nach längerem schweren Leiden im 66.
Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Mannheim, den 21. April 1920.
Waldparkstr. 30.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Konrad Ruß u. Sohn.
Die Beerdigung findet am Donnerstag
nachmittags 3 Uhr von der Friedhof-
kapelle aus statt.

Praxis wieder aufgenommen!
Dr. med. A. Sack
Facharzt für Haut- und Hautleiden.
P. 5, 14. (E42) Sprechst. 10-11 Uhr.

Stotternde können in kurzer Zeit
sich selbst von dem un-
erwünschten Hebel befreien
Sprechen Sie sich kostenlos mit der
Stottererin u. Beilegung durch Selbstunterricht
von **L. Warnocke, Hannover, Friesenstr. 33**
finden. Geben Sie kein Geld aus für nutzlose Kurse u.
Schulungen der sogenannten Heilred. Warnocke
ist der allein Erfinder dies. vorzuzugl. dem. Methode. 400

Größerer Posten
Installationsmaterialien
und Beleuchtungsarmaturen sowie 300 Beutel-
elemente, 100 Trockenelemente, 300 Batterien für
Taschenlampen, sowie 2000 bis 3000 Kleingel-
transformatorn, 15 Ferner Luftdosen ab diesem
Beger preiswert abzugeben. Anfragen erbeten
unter K. 1294 an Wohnheim General-Anzeiger.
Zweiglied. Reppelstr. 42. *2096

Stroh-
Versteigerung.
Am Freitag, den 23. April
vormittags 10 Uhr
versteigern wir auf der
Messe am Rhein
Sack drei Ladungen
Getreide-Stroh
Öffentlich meistbietend; eg
Versteigerung. 350/

Güteramt
Telephon
Wandapparat gegen Licht-
apparat zu tauschen ge-
sucht. *2041
Angebote unter F. D. 4
an die Geschäftsstelle d. St.

Kundschaft an
in Damenkleider, Mäntel
und Kostüme
Angeb. unter F. H. 8 u. d.
Geschäftsstelle d. St.

Klavierspieler
auf dauernd für einige
Wochenstunden event. als
Reisenbegleiter gesucht
Angebote u. F. T. 91 an
die Geschäftsstelle. *2010

Kauf-Gesuche:
Ankauf
von altem St
Gold, Silber, Platin
und Schmuckgegenständen
in Brillanten, Bronzen,
Stilke u. alte Gebraue

Jul. Federgrün
Q5,3 Goldschmied Q5,3
Guterhalt. Kinder-Wagen
zu kaufen gesucht. *2065
Herrn, Rheinbödenstraße 6

Kinderklapp-
o. Sportwagen
[Doppeldecker] zu kaufen
ges. Angeb. u. F. L. 11
an die Geschäftsstelle d.
Blattes. *2064

Miet-Gesuche:
Verschleißbare
Auto-
Garage
für Verleihenungen zu
mieten gesucht. 3245
Angebote u. N. P. 113
an die Geschäftsstelle
dieses Blattes erbeten.

Wer tauscht
eine 3 od. 4 Zimmer-Wohnung
gegen
einen kleinen Laden (Kolonial)
mit 3 Zimmer-Wohnung in der Nordst. u.
Gef. Angebote unter N. R. 117 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Möbl. Zimmer, event.
Wohn- u. Schlafzimm.
möglichst mit voller Pension sofort zu mieten
gesucht. Angebote unter E. O. 90 an die
Geschäftsstelle d. Bl.

Offene Stellen
Miesiges Feuerversicherungsbüro
sucht zum möglichst baldigen Eintritt tüchtige besonders
im Entsorgen von großer Reich.-Schleimen bewand.
Beamte
gegen gute Entlohnung. Angebote unter N. O.
114 an die Geschäftsstelle d. Blattes. 5210

Buchhalterin
mit schöner Handschrift, welche gleichzeitig
perfekte Korrespondenz- und Ma-
schinen-Schreiberin ist. Eintritt
sofort. Gehalt nach Vereinbarung. 642
Angebote erbeten unter E. M. 276 an Rudolf
Wolff, Mannheim.

Transport-Versicherungsbüro
sucht perfekte
Stenotypistin
(Stolze-Schrey); ferner
jüngeren Beamten
für die Registerführung. *2007
Angebote unter Angabe der Gehaltsansprüche
unter E. M. 88 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Jüngere Kraft
für Expeditions-Firma
sofort gesucht.
Eilige Angebote unter N. V. 121 an die
Geschäftsstelle d. Bl. 5238

Lebens-Stellung
leicht schaffen wollen und über ca. 15000 RM. Bar-
vermögen verfügen, wollen sich wenden an
Metscher & Co., Mannheim, Malstr. 51,
2. Etage III. u. 1-3 u. 7-8 Uhr nachm.
Konsult. erbeten. — Einzig freier Berufs-
Mannheim-Schulungsbüro-Heidelberg und Um-
gebung.

Dame od. Herr
perfekt in Buchhaltung, Schreib-
maschinenschriften u. vollkommen
in Französischer Sprache.
Angebote mit Gehaltsansprüchen unter F. P. 15
an die Geschäftsstelle d. Blattes. 39439

Perfekte
Stenotypistin
welche auch die Registratorin in kaufmänn.
Bereich selbständig und gewissenhaft zu
führen hat, sofort resp. per bald gesucht.
Gehalt nach Vereinbarung. Angeb. unter
E. M. 273 an Rudolf Wolff, Mannheim.

Hohen Nebenverdienst
können sich Herren und Damen mit
guten Umgangsformen durch Abschluss
von Versicherungen erwerben. Flugm.
höchste Provisionen werden gewährt.
Angeb. sind unter F. G. 7 a. d. Geschäftsst. zu richten.

Lehrmädchen
mit guten Schulzeugnissen im Alter von 14 und
15 Jahren für Büro gesucht. Bewerbungen bei der
Zentrale für weibliche Berufsberatung (Gebäude
Hofmannstr. 10) N. 6. 3. 2. Etage, Zimmer 8.

Fräulein
gewünscht im Verkauf
z. Mithilfe im Laden
gesucht. Zu ertragen
1 h. Geschäftsstelle d. Bl.

Herr oder
Dame
sofort gesucht. 3203
Angebote u. N. 7. 119
an die Geschäftsstelle d. Bl.
Blattes erbeten.

Tüchtige
Vertreter
gegen hohe Bezüge und
Provision gesucht. 3201
Angebote sind unter
N. S. 118 an die Geschäfts-
stelle d. Bl. zu richten.

Jüngere Stenotypistin
(Mtl.) per sofort gesucht.
Zulage u. St. 812 an
Herrn G. K. 3201
Waldparkstr. 30. *2058

Laufmädchen
für feine Büro gesucht.
Derselben ist Gelegenheits-
arbeiten schriftl. Kriterien
und die Bedienung des
Telephons zu erlernen.
Angebote unter O. H. 33 an
die Geschäftsstelle. *2121

Tüchtige
Schneiderin
ins Haus gesucht. *2086
Zulage u. F. X. 23
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Tücht. Mädchen
lagüber gegen gute Be-
zahlung gesucht. *2115
O. S. 15. post.

Tüchtiger
Damen-Friseur
oder Friseur
per sofort gesucht. 3189
Karl Berghäuser
N. 1. 4a.

Wir suchen
für unsere
Registrator
ein junges, fleißiges
Mädchen
mit guten Schulzeugnissen
im Alter von 17-18 Jahren.
Angebote u. S. M. 267 an
Rudolf Wolff, Mannheim.

Flickerin
für 2 Tage in der Woche
gesucht. *2001
Dr. Preller, L. S. 3.
Ordentliches
Laufmädchen
gesucht. 3257
Baumstark & Geiger, R. 1. 1.
Zum Ausleihen von
2 Kindern sofort zuverf.

Frau- u. Mädchen
gefucht. Halbtags. 3268
Rechtsanwalt Mayer
Heinrich Langstr. 18, II.
Ein braves, ehliches
Mädchen
für 1. Mal in gutes Haus
gesucht. *2083
L. 18, 18, 1 Treppe.

Jung. Mädchen
für Hausarbeiten gesucht
für die Vormittagsstunden
event. abgäbe. Fleiß
wird gegeben. *2054
Gehalt nach Vereinbarung
Eingang Spielplatzstr. 4.
Braves, fleißiges
Alleinmädchen
zu 3 Pers. gef. *2077
Frau, P. 7. 17
Heidelbergstraße.

Mädchen
für 1. Mal in gutes Haus
gesucht. *2083
L. 18, 18, 1 Treppe.

Köchin und
Zimmermädchen
sofort oder auf 1. Mal
gesucht. Hoher Lohn und
gute Behandlung. 30378
C. 7, 18, II. 6

Tüchtiges
Mädchen
für Küche und Haushalt
per 1. Mal oder früher
gegen hohen Lohn gesucht.
Frau Ing. Lutz
S. O. 28. *2030

Zur selbständ. Föh-
rung meines Haus-
haltes wird eine zu-
verlässige alt. Person
gesucht, welche gut
kochen kann, bei
hoher Bezahlung.
Hartmann, P. 6. 22.
Ordentliches (3201)

Allein-
Mädchen
gegen guten Lohn per so-
fort oder 1. Mal gesucht.
Zu erst. Malstr. 5, III.

Saubere Putzfrau
gesucht. *2038
Sange Rüterstr. 1, 4. Et. r.

Jg. Witwe oder Mädchen
als Stütze für Eltern
und Haushalt gef. gesucht
oder zum 1. Mal. Son-
n. 2, 45, Frankfurt

Stellen Gesuche
Für Kino
rout. *2007

Pianist
u. Geiger
erst nach 10 bis 15 Mal
fr. Großes Repertoire.
Zulagen unter St. 613
an den Mann. Gen.-Ing.
Zweiglied. Reppelstr. 4.

Kontoristin
demnach in Buchhaltung
(inkl. Bilanz) als auch
Stenograph

Wahl-Aufruf

der Deutschnationalen Volkspartei

(Christliche Volkspartei in Baden)

Mitbürger! Mitbürgerinnen!

In kurzer Zeit werdet Ihr in der Lage sein, den ersten Reichstag zu wählen. Damit ist eine dringende deutschnationale Forderung endlich erfüllt.

Wir haben bis heute in einem verfassungswidrigen Zustand gelebt, da die „verfassungsgebende Nationalversammlung“ ihre Dauer willkürlich verlängert hatte, nur um die angsterfüllten Parteigrößen der Mehrheit vor baldigen Neuwahlen zu bewahren.

Die schwarz-rot-goldenen Mehrheitsparteien erwarteten nämlich — und das mit Recht — ein

Volksgerecht

Aber ihre Unfähigkeit und ihre einseitige Parteiherrschaft.

Dieses Volksgerecht wird ihnen nicht erspart bleiben.

Zwar glaubt die Mehrheit heute Oberwasser zu haben und den Berliner Militärputsch Kapp-Lüttich gegen uns ausbeuten zu können. Sie will ihn durchaus an unsere Röschhöhe hängen. Unser Abgeordneter in der Nationalversammlung hat ihn von der ersten Stunde an verurteilt und an seinem raschen Abbau erfolgreich mitgewirkt. Die Partei verurteilt jede Gewaltaktion wie sie die Revolution vom 9. November 1918 als ein Verbrechen verurteilt hat.

Die Mehrheit aber muß gezwungen werden, sich zu verantworten vor dem Volk für ihre Taten und für ihre noch zahlreicheren Untertassungen.

Der deutsche Wähler wird und muß fragen:

Wo sind die Versprechungen vom 9. November 1918?

Friede, Freiheit, Brot!

Das war die Parole damals. **Friede??** — Der Franzose besetzt deutsche Städte, wo und wann er will. **Freiheit??** — Freiheit haben in Deutschland nur die Schieber und diejenigen, die nichts arbeiten wollen. **Brot??** — Was ist für die Ernährung getan worden, seitdem die Mehrheitsparteien am Ruder sind?

Ordnung und Arbeitsmöglichkeit

sollte gewährleistet werden. Das war der Vorwand, unter dem sich Demokraten und Zentrumskräfte von den revolutionären Ministerposten schieken ließen. **Ordnung und Ruhe??** — Im Ruhrgebiet schiebt eine wohlorganisierte Bolschewistenarmee mit 15-Zentimeter-Kanonen unter der Führung russischer Revolutionäre (Radek, Dobschohn, Marcuse). **Arbeitsmöglichkeit??** — Streik, Streik und abermals Streik in allen Betriebszweigen, in allen Gegenden Deutschlands.

Ein Volksstaat

sollte Deutschland werden, getragen vom freudigen Vertrauen des mündigen Volkes. **Volksstaat??** — Einseitige Herrschaft der sogenannten Arbeiterschaft (als ob andere Leute keine Arbeiter wären); dazu eine Regierung, die keine Autorität hat, sondern nur Angst um die Mandate der hinter ihr stehenden Mehrheit, eine Regierung, als deren Führer bis vor Kurzem ein Erzberger möglich war.

Wir Deutschnationale fragen: War dieser

schwarz-rot-goldene Bankrott notwendig?

und kommen zu dem Ergebnis: Nein, dieser offenkundige Bankrott hätte verhindert werden können, wenn die Regierungsparteien

deutsche Volkspolitik

und nicht Parteipolitik getrieben hätten.

Die Summe von Unzufriedenheit, die auf dem Schuldkonto der Regierungsparteien steht, wäre nicht so hoch, wenn man die deutschnationalen Forderungen erfüllt hätte.

Forderungen der einfachsten politischen u. wirtschaftspolitischen Vernunft und Gerechtigkeit.

Die Deutschnationale Volkspartei fordert seit langer Zeit u. a.:

Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk,

wie es in der Verfassung vorgesehen ist. Mit aller Energie wenden wir uns gegen den von sozialdemokratischer und demokratischer Seite unternommenen Anschlag, dem Volk die direkte Präsidentenwahl zu nehmen.

Nachleute an die Spitze der Ministerien!

Deutschland liegt so schwer darnieder, daß der beste Fachmann für einen Ministerposten gerade gut genug ist. Parteidonzenwirtschaft kann sich das deutsche Volk nicht erlauben.

Mehr Unabhängigkeit der deutschen Staaten von Berlin!

Eine verschärfte und überhäufte Zentralisation in Berlin, wie sie die Mehrheitsparteien mit ihrem „Einheitsstaat“ wollen, lehnt die Deutschnationale Volkspartei ab. Je größer die Abhängigkeit von diesem Berlin, desto größer die Reichsverdorbenheit. Wir fordern ein starkes Reich, aufgebaut auf den Grundstufen des ersten Reichsbaumeisters Bismarck.

Sofortige Auflösung der Kriegsgesellschaften,

Beschleunigter Abbau der Zwangswirtschaft!

Die Produktion fördern, muß die Parole sein, nachher erst verteilen! **Praktische Landwirte** müssen die Fragen der Landwirtschaft entscheiden, nicht **Arbeitersekretäre**. Unsere Kriegs- und Revolutionswirtschaft ist bankerott, die Kriegsgesellschaften sind ein Tummelplatz äußerster „geschäftstüchtiger“ Juden.

Rücksichtsloser Kampf gegen Schiebertum und Wucher!

Der schrankenlose Egoismus muß überwunden werden. Der Grund der zunehmenden Korruption und der besammernswerten Wirtschaftsmoral ist die Tatsache, daß der Ehrliche, rein wirtschaftlich betrachtet, immer wieder der Dumme ist. Das gute Beispiel muß von Oben gegeben werden. **Erzberger — Klarez — Parous — Helfhandt** und Konferten können das natürlich nicht.

Schließung der Grenze gegen die Ostjuden!

Das deutsche Volk hat Wucherer und Schieber genug in seinen Reihen; es braucht keinen Zuwachs aus Polen und Galizien, schon im Hinblick auf die starke Wohnungsnot. Die Führer der deutschen Bolschewisten sind größtenteils östliche Juden. Wären es Russen, sie wären schon längst ausgewiesen. Ostjuden erfreuen sich in Deutschland einer auffallend rücksichtsvollen Behandlung.

Mitbürger! Mitbürgerinnen!

Deutschland wird nicht errettet durch politische Redensarten.

Die Parteidonzenwirtschaft ist die Mutter der Korruption.

Laßt Euch nicht irre machen durch kindische Redensarten wie: Die Republik ist in Gefahr! Die Republik ist nicht in Gefahr — Gefahr droht nur der schwarz-rot-goldenen Parteiherrschaft.

Es ist weiterhin eine Verleumdung unserer Gegner zu behaupten, unsere Partei sei die Partei der Junker und Großindustriellen. In unserer Nationalversammlungsfraction sitzen vier Arbeitersekretäre, vierzehn bürgerliche Bauern und nur ein „Junker“ und ein Großindustrieller. Wir sind eine Volkspartei. Wir erstreben den sozialen Frieden, Beteiligung der Arbeiter an den Erträgen ihrer Arbeit. Wir fordern für jede fleißige und ehrliche Arbeit das verdiente Einkommen, für Arbeiter und Beamte den Zeitverhältnissen angemessene Löhne und Gehälter.

Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden der Verfassung. Ob Republik oder Monarchie, ist eine Frage, die heute gar nicht zur Entscheidung steht und die überhaupt nur auf verfassungsmäßigem Weg entschieden werden kann und darf.

Heute ist die brennende Frage:

Wie kommen wir heraus aus dem Elend?

Wie bauen wir auf?

Und die Antwort heißt:

Die Kraft lebendigen Christentums, der Segen des deutschen Familienstamms müssen unserm Volk in erster Linie erhalten bleiben.

Weiter müssen wir die Herrschaft des Parteidünkels überwinden, Parteipolitik kann uns nicht helfen.

Wir müssen gemeinsam arbeiten, arbeiten und weniger reden — arbeiten in der Wirtschaft, im Staat und an unserem Volkstum.

Wir müssen wieder ein einig Volk werden im Zeichen eines nationalen Willens und eines östlichen Sinnes.

Ein einig Volk!

Volk aber ist: was gemeinsame Not füllt.

Die deutsche Not ist riesengroß.

Wer sie mit uns füllt, der schließt sich unserer

Deutschnationalen Volksbewegung an.

Der Landesvorstand der Deutschnationalen Volkspartei (Christl. Volkspartei in Baden)

Landesgeschäftsstelle: Karlsruhe, Amalienstraße 25 (Eingang Waldstraße)

Konto bei der Rhein. Kreditbank, Filiale Karlsruhe

Postfach-Konto Karlsruhe Nr. 18702

Zeichnet den Wahlfonds!

Unsere Gegner schwimmen im Geld!